APD INFORMATIONEN
DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

OKTOBER 2016
33. JAHRGANG

DEUTSCHLAND

Deutschlandweiter Kongress der Adventjugend setzt Schwerpunkt im Dienst am Mitmenschen 2
Antidiskriminierungsstelle legt Studie zu Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz vor 3
Friedensarbeit zwischen Euphorie und Hemmnissen 4
„Sommerloch“ dämpft Debatte zum „Weißbuch“ der Bundeswehr 6
EAK: Keine militärische Trendwende 8

INTERNATIONAL

Weltbibelhilfe unterstützt Projekte in Jordanien und Syrien 9
Adventisten starten ersten globalen TV-Sender in französischer Sprache 10
Syrien: Erzbischof Hindo beklagt Zunahme von Gewalt kurdischer Milizen gegenüber Christen 11
Adventistische Weltkirchenleitung will Ausgaben senken 13
Adventistin zur stellvertretenden Gouverneurin der Britischen Jungferninseln ernannt 14

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Ein halbes Jahr nach Zyklon „Winston“ auf Fidschi 15

KULTUR

Lobpreis und Verantwortung für die Schöpfung gehören zusammen 17
ACK veröffentlicht Wort zu 500 Jahre Reformation 18
Kirchenerneuerung in der Geschichte der Freikirchen 20
Alt-katholische Synode befasst sich mit Themenkomplex „Frieden“ 23
Neues Schuljahr auf der „Marienhöhe“ wieder mit Gesundheitstagen und Sponsorenlauf 24

MEDIEN

Neue Einheitsübersetzung der Bibel vorgestellt 25
Adventisten zu Mel Gibsons neuem Film „Hacksaw Ridge“ 29

Impressum 31

DEUTSCHLAND

Deutschlandweiter Kongress der Adventjugend setzt Schwerpunkt im Dienst am Mitmenschen

© Logo: Adventjugend Deutschland

Kassel/APD Vom 30. September bis zum 3. Oktober fand im Kongress Palais Kassel zum zweiten Mal der bundesweite „E1NS Jugendkongress“ der Adventjugend in Deutschland statt. Der Jugendverband der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten konnte rund 1.300 Teilnehmende registrieren. Der Kongress stand unter dem Motto „...das habt ihr mir getan.“

Dieses Motto sollte den Dienst am Mitmenschen in den Mittelpunkt stellen, so die Leiter der Adventjugend in Deutschland, Pastor Bert Seefeldt (Hannover) und Pastor Ruben Grieco (Ostfildern bei Stuttgart). Den Namen „E1NS Jugendkongress“, den alle bundesweiten Jugendkongresse der Adventjugend tragen, hätten sich ehrenamtlich tätige junge Leute der Freikirche überlegt, um den Wunsch nach Gemeinschaft und Einigkeit untereinander zum Ausdruck zu bringen und ihren Glauben in den Mittelpunkt zu stellen.

Internationale Redner

Neben der ausgebildeten Jugendseelsorgerin Judith Fockner (Alsbach-Hähnlein) und Jugendabteilungsleiter Pastor Stephan Sigg (Bern) waren zwei weitere, internationale Sprecher in Kassel zu hören, die das biblische Motto aus dem Matthäusevangelium, Kapitel 25, Vers 40 in ihren Ansprachen vertieften: Pastor Gilbert Cangy, der aus Mauritius stammende Leiter der weltweiten Adventjugend und Sam Leonor, der als Jugendpastor an der La Sierra Universität in Kalifornien tätig ist.

Vielfältiges Angebot

Neben den Themen im Plenum gab es ein breites Angebot über Musik, vielfältige Informationsstände, die über unterschiedliche Einrichtungen und Projekte der Freikirche informierten, bis hin zu 40 verschiedenen Workshops, in denen junge Menschen unter anderem Anregungen erhalten sollten, um sich in ihrem eigenen

persönlichen Umfeld einzubringen.

So bestand beispielsweise die Möglichkeit, sich als Spender der DKMS (ehemals Deutsche Knochenmarksspenderkartei) eintragen zu lassen. Eine Skaterbahn bauten Kongressteilnehmer mit den Bewohnern der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge auf dem ehemaligen Flughafen Calden.

„Der unermüdliche Einsatz aller Helfer und Mitarbeiter auf oder hinter der Bühne und in den 40 Workshops galt spürbar dem Ziel, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Jesus, dem E1NEN zu begegnen“, teilten die Pastoren Grieco und Seefeldt im Rückblick auf den Kongress mit. „Es war und ist unser Anliegen, jungen Menschen die Bibel näher zu bringen und sie mit Jesus vertraut zu machen. Mit dem Motto des E1NS Jugendkongresses ‚...das habt ihr mir getan‘ wurden die Jugendlichen ermutigt, die Worte aus Matthäus 25 im Alltag zu leben und Jesus und den Mitmenschen zu dienen.“

Antidiskriminierungsstelle legt Studie zu Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz vor

© Cover: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Berlin/APD Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat eine Studie zum „Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz“ vorgelegt. Zielsetzung dieser Studie war es, einen Überblick zu gewinnen, welche Maßnahmen derzeit in der betrieblichen Praxis in Deutschland angewendet werden, um vor Diskriminierungen aufgrund der Religionszugehörigkeit am Arbeitsplatz zu schützen. Die Veröffentlichung stellt beispielhaft 15 Unternehmen aus Wirtschaft, Verwaltung und Religionsgemeinschaften vor, die in ihrer Strategie einen diskriminierungsfreien Umgang mit Religion verankert haben, darunter auch das adventistische Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin.

Kein Nischenanliegen

Die Studie weise darauf hin, dass nach wie vor eine große Unsicherheit im Umgang mit religiöser Vielfalt (Diversity) im Arbeitsleben zu beobachten ist, kommentiert der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, die Veröffentlichung. „Gleichwohl gibt es eine Anzahl von Unternehmen, die eine Chance darin sehen, durch geeignete Diversity-Strategien die religiösen Bedürfnisse von

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu berücksichtigen und damit die Kompetenzen dieser Personen zu entfalten anstatt durch unsensible Maßnahmen Verunsicherung und innere Abkehr hervorzurufen“, so Mueller.

Allerdings sei festzustellen, dass zumeist auf konkrete Bedarfe reagiert wird, wohingegen pro-aktive Ansätze die Ausnahme zu sein scheinen. Die Studie erwähne beispielsweise Feiertags- und Gebetsregelungen sowie Speiserichtlinien. Dies ziele mehrheitlich auf muslimische Beschäftigte. Es werde aber darauf hingewiesen, dass es auch nichtmuslimische Minderheiten gibt, die ähnlich betroffen sind, wie zum Beispiel Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie könnten immer wieder in Konflikte am Arbeitsplatz kommen, da Adventisten den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag einhalten wollten, teilte Mueller mit.

Das Bekenntnis zum diskriminierungsfreien Umgang mit Religion sei nach Mueller keineswegs nur ein Nischenanliegen, sondern Bestandteil einer modernen Unternehmenskultur.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit Sitz in Berlin ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie wurde 2006 eingerichtet, nachdem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft getreten ist. Die ADS und ihre Aufgaben sind im AGG festgeschrieben. Die Studie „Umgang mit religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Umgang_mit_religioeser_Vielfalt_am_Arbeitsplatz_20160922.html

Friedensarbeit zwischen Euphorie und Hemmnissen

Evangelische Friedensverbände AGDF und EAK fragen in Mainz nach Friedensräumen

Workshop EAK-AGDF Mainz: Pastorin Martina Basso u. Franziskaner Markus Heinze (v.li.)
© Foto: Dieter Junker

Mainz/APD Wo gibt es Lebensräume für den Frieden? Wie können diese aussehen und gestaltet werden? Und wie können diese Räume vielleicht die Kirche verändern? Mit diesen Fragen beschäftigte sich ein gemeinsamer Workshop der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) und der „Evangelischen

Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden“ (EAK) in Mainz. „Es sind spannende Fragen, die sich hier stellen, wenn man sich auf die Suche nach solchen Räumen macht“, betonte der Friedens- und Konfliktforscher Markus Weingardt (Tübingen) von der „Stiftung Weltethos“, der die Gesprächsrunde moderierte.

Dass es solche Räume des Friedens schon länger gibt, zeigten Beispiele, die dabei in Mainz vorgestellt wurden. So eine kleine franziskanische Kommunität in einem der sozialen Brennpunkte in Frankfurt am Main mit einer engagierten Kinder- und Jugendarbeit, oder ein mennonitisches Friedenszentrum in Berlin-Neukölln mit Angeboten für Jugendliche aus verschiedenen Kulturen und einer breiten Stadtteilarbeit. Oder die Arbeit als Nichtregierungsorganisation für Menschenrechtsfragen bei den Vereinten Nationen in Genf und New York.

„Die Welt ist der Ort Gottes. Hier in der Welt begegnen wir Gott durch die Begegnung mit anderen Menschen“, unterstrich Bruder Markus Heinze vom Orden der Franziskaner (OFM), Direktor von „Franciscans International“ in Genf und New York. Und Pastorin Martina Basso vom Mennonitischen Friedenszentrum in Berlin machte deutlich: „Wir gehen nicht ab und zu mal in die Welt, sondern wir sind mittendrin. Es gibt da kein Draußen oder Drinnen.“

Die mennonitische Pastorin hob hervor, dass der Friede das ganze Leben umfasse. Dies zeige sich dann auch im Handeln. „Dazu gehört, verletzlich zu sein und Verletzungen anzunehmen. Dazu gehört Demut, auch gemeinsam mit dem zu gehen, mit dem ich nicht übereinstimme. Es ist zudem nicht unsere Aufgabe, die Probleme der Welt zu lösen, sondern Hoffnung auf Erlösung zu geben, um das Reich Gottes aufblitzen zu lassen, wo der Friede gelingt. Und es erfordert, wahrhaftig zu reden, aufmerksam zuzuhören und aufmerksam zu sein gegenüber der Gemeinschaft“, so Martina Basso.

Der Franziskaner Markus Heinze warnte davor, sich als Kirche oder als Friedensraum von der Welt zu distanzieren. „Wir müssen uns zweier Dinge bewusst sein: Ich selbst bin ein geliebter Mensch, gewollt und bejaht. Und genauso ist auch der andere Mensch geliebt, gewollt und bejaht. Dieses Bewusstsein verändert unser Handeln“, so der römisch-katholische Theologe.

Für beide, die Mennonitin und den Franziskaner, sei dabei klar: Spiritualität und tägliche Arbeit gehörten zusammen und geben die Kraft, solche Räume des Friedens zu schaffen und zu gestalten. „Der christliche Glaube muss zu einer Kultur des Friedens führen“, ist Martina Basso überzeugt. Frömmigkeit und politisch sein, würden dabei einander bedingen und sich nicht ausschließen. Und Markus Heinze sieht darin auch eine verändernde Kraft für die Kirche: „Wir sollen nicht die Kirche ändern wollen, sondern die Welt. Und dann kann Kirche zu einem Friedensraum in der Welt werden.“

„Es ist immer eine Friedensarbeit zwischen Euphorie und Hemmnissen“, stellte Markus Weingardt fest. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Tagung von AGDF und EAK schilderten in Mainz ihre Erfahrungen mit Friedensräumen, dem Weg zu solchen Erlebnissen und den auftretenden Problemen dabei. Doch auch die Frage, wie Traditionen und Erfahrungen früherer Friedensarbeit hochgehalten werden könnten oder welche neuen Wege beschritten werden sollten, spielten eine Rolle. Es gab Berichte von Erlebnissen, die Mut machten, aber auch von Erlebnissen in der Friedensarbeit, die Resignation verursachten.

„Wir sollten uns aber immer wieder auch bewusst machen, was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erreicht haben in der Friedensarbeit, um solche Friedensräume zu finden und zu erhalten“, unterstrich EAK-Bundesvorsitzender Dr. Christoph Münchow. Vor 100 Jahren sei wahrscheinlich eine solche Veranstaltung kaum möglich gewesen, ist er überzeugt. Doch seitdem wäre viel geschehen.

„Sommerloch“ dämpft Debatte zum „Weißbuch“ der Bundeswehr

Friedensbeauftragter Brahms u. Militärbischof Rink (v.l.)
© Foto: Holger Teubert/APD

Berlin/APD „Zu viel Sicherheit, zu wenig Frieden“ ist das Fazit des Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms (Bremen), und des Militärbischofs der EKD, Sigurd Rink (Berlin), zum „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“.

Grundanliegen evangelischer Ethik mit berücksichtigt

Brahms würdigte in einem Pressegespräch am 8. September in Berlin, dass das Weißbuch in einem breit angelegten Diskussionsprozess entstanden sei. Auch die EKD habe sich mit ihren Einrichtungen an diesem Prozess beteiligt. Das Weißbuch biete nun eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Perspektiven. Sicherheits- und verteidigungspolitische Aspekte seien ebenso berücksichtigt wie der Reviewprozess des Auswärtigen Amtes und Beiträge aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch Grundanliegen evangelischer Ethik wären mit gehört worden, etwa in der Orientierung an der internationalen Rechtsordnung und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung. Die Breite der Analyse und die Weite des Horizonts wären beeindruckend und zukunftsweisend.

Der Friedensbeauftragte kritisierte allerdings den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Als das Weißbuch am 13. Juli vorgestellt wurde, war gerade die parlamentarische Sommerpause. Daher sei es bisher nicht zu einer breiten Debatte über das Weißbuch in Parlament und Gesellschaft gekommen.

Mehr Geld nur für die Bundeswehr

Die Bedrohung für den Frieden wachse, so Brahms. Ziele und Mittel, Möglichkeiten und Grenzen des außen- und sicherheitspolitischen Handelns müssten deshalb neu ausgerichtet werden. Dabei falle allerdings auf, dass im Weißbuch der Leitbegriff „Friede“ relativ selten vorkomme. Stattdessen dominierten die Begrifflichkeiten von „Bedrohung“, „Sicherheit“ und „Resilienz“. Die Bundeswehr sei nach dem Grundansatz des Weißbuchs nur eines von vielen möglichen Instrumenten um Gewalt zu vermeiden, einzudämmen und zu beenden. Doch wenn es dann im Weißbuch um eine Trendwende in der Bundeswehr durch mehr Personal, bessere Ausrüstung und mehr finanzielle Ausstattung gehe, entstehe der Eindruck, dass im Zweifelsfall die Bundeswehr das vorrangige Instrument deutscher Sicherheitspolitik sei.

Am deutlichsten werde das durch die Forderung einer langfristigen Erhöhung des Verteidigungsetats auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Nichtmilitärische Instrumentarien, die angeblich prioritär seien, würden aber nicht in gleicher Weise finanziell gestärkt. Gerade vor dem Hintergrund, dass Deutschland seit vielen Jahren die Selbstverpflichtung verfehle, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, sei die konzeptionelle und finanzielle Konzentration auf die militärischen Instrumente kritisch zu bewerten.

Keine Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt

Zwar sage das Weißbuch, dass Krisenprävention grundsätzlich den Vorrang habe. Es fehle aber die deutliche Aussage, dass die Androhung und Ausübung militärischer Gewalt immer nur äußerste Möglichkeit sein könnten, gab der Friedensbeauftragte zu bedenken. Das Weißbuch lasse offen, wann und in welchen Fällen die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt als „ultima ratio“ gerechtfertigt seien. Es fehlten klare und orientierungsfähige Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt.

Bei militärischer Gewalt hat die Politik versagt

Die Bundeswehr werde in erster Linie als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ betrachtet, hob der evangelische Militärbischof Sigurd Rink hervor. Dabei gerieten allzu schnell die Menschen aus dem Blick, die unter Gewalt leiden und unter Gewaltverhältnissen leben und handeln müssen. Krieg und Konflikte konfrontierten Menschen mit elementaren und extremen Bedrohungen, bis hin zu Traumata und Tod. Evangelische Friedensethik rücke diese Aspekte militärischer Einsätze in den Fokus der Rechenschaft, die politisches und militärisches Handeln zu geben hätten. Der Einsatz militärischer Gewalt sei immer ein Zeichen des Versagens politischen Handelns.

Schwachpunkt Rüstungskontrolle

Der Militärbischof wies darauf hin, dass das Weißbuch zwar eine wirksame Rüstungskontrolle unterstütze, andererseits aber die Stärkung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie fordere. Es befürworte den Export von Kriegswaffen an sogenannte Drittstaaten aus, wenn „im Einzelfall … besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen“ dafür sprechen. So entstehe der Eindruck, dass deutsche Politik sich alle Optionen für einen ungehinderten Rüstungsexport offen lasse. Um diesem Eindruck zu wehren, wäre es aus Sicht evangelischer Friedensethik entscheidend, dass Kriterien genannt würden, ob und wann ein solcher Rüstungsexport zu rechtfertigen wäre.

Es sei daher in Deutschland auf breiter Basis eine Debatte darüber nötig, welche politischen Konzepte in Fragen von Frieden und Sicherheit zukunftsweisend sind, so Rink. Dabei sollten nicht nur die Impulse des Weißbuches für die Zukunft der

Bundeswehr bedacht werden, sondern in gleicher Intensität auch die nichtmilitärischen Instrumente deutscher Friedenspolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE

EAK: Keine militärische Trendwende

Statt Erhöhung des Wehretats mehr Geld für zivile Konfliktbearbeitung

© Logo: EAK

Bonn/APD Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienst-verweigerung und Frieden (EAK) hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in einem Brief aufgefordert, auf die Aufstockung des Wehretats um fünf Milliarden auf rund 39 Milliarden Euro bis 2020 zu verzichten und stattdessen diese Gelder zivilen Strategien der Prävention und Konfliktbearbeitung zur Verfügung zu stellen.

Geld fehlt zur Beseitigung der Ursachen von Krieg und Flucht

In ihrem Schreiben an die Verteidigungsministerin, das von der Mitgliederversammlung in Mainz beschlossen wurde, kritisiert die EAK die festgelegte Vorgabe im neuen „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, dass Deutschland der NATO-Forderung nachkommen wolle, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungshaushalt auszugeben. Das wären laut EAK dann 55 Milliarden Euro, also 21 Milliarden Euro mehr als im derzeitigen Haushalt. „Damit werden eindeutige Fakten gesetzt, wie Deutschland seine Sicherheitspolitik aufstellen will. Diese Mittel werden fehlen, um die wirklichen Ursachen von Krieg und Flucht zu beseitigen: Armut, Klimawandel, Ungerechtigkeit“, heißt es in dem Schreiben.

Der evangelische Friedensverband weist Ursula von der Leyen darauf hin, dass auf der anderen Seite die seit Jahrzehnten bestehende Selbstverpflichtung Deutschlands, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, bis heute nicht erfüllt werde. „Friedenspolitik in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland wird nicht ansatzweise in einem vergleichbaren Volumen ausgebaut“, mahnt die EAK. Die inhaltlich gut aufgestellten vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung blieben damit finanziell weiterhin unterversorgt.

Vorrang von Zivil vor Militär

„Diese Form der Sicherheitspolitik durch militärische Aufrüstung ist unvereinbar mit dem im Weißbuch formulierten Vorrang für Prävention und nichtmilitärisches Handeln“, kritisierte der EAK-Bundesvorsitzende Dr. Christoph Münchow. Daher fordere die EAK, von diesen Plänen einer militärischen Trendwende Abstand zu nehmen und zivilen Möglichkeiten die Priorität zu geben. Darum lehne der evangelische Friedensverband

eine Erweiterung der Bundeswehr, eine Erhöhung der Militärausgaben, einen Einsatz der Bundeswehr im Innern und eine neue militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa ab, heißt es in dem Schreiben.

Vielmehr sei eine Trendwende hin zu einer zivilen Friedenspolitik nötig. Dazu gehöre nach Auffassung der EAK, der weiteren Aufrüstung Einhalt zu gebieten, die atomare Aufrüstung auch in Deutschland zu beenden und sich im Namen einer globalen Verantwortung vorbildlich für ein Umdenken zu ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung einzusetzen. „Wenn es eine Trendwende in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik geben soll, dann kann sie nur eine Trendwende hin zum Vorrang von Zivil vor Militär sein“, betonte EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

INTERNATIONAL

Weltbibelhilfe unterstützt Projekte in Jordanien und Syrien

Arabischer Buchstabe Nūn, der für „Nazarener“ und die Solidarität mit den arabischen Christen steht
© Motiv: Weltbibelhilfe

Stuttgart/DBG/APD Die Weltbibelhilfe der Deutschen Bibelgesellschaft unterstützt Projekte der Bibelgesellschaften in Jordanien und Syrien. Die Bibelgesellschaft in Jordanien verteilt gemeinsam mit Freiwilligen aus den örtlichen Kirchen Lebensmittel und Hilfsgüter an Flüchtlinge und andere Menschen in Not. Familien bekommen auf Wunsch eine Bibel. Die Bibelgesellschaft in Syrien engagiert sich trotz des Krieges weiter für Christen, die im Land geblieben sind.

„Vor wenigen Monaten habe ich die Bibelgesellschaft in Jordanien besucht und gesehen, wie sich die Mitarbeitenden voller Energie und Eifer für die geflüchteten Familien aus Syrien und dem Irak einsetzen“, berichtet der Leiter der Weltbibelhilfe Horst Scheurenbrand. Besonders bewegt habe ihn, dass in den Gesprächen mit den geflüchteten Familien der christliche Glaube eine zentrale Rolle spiele. Viele fänden in Gottes Wort Trost.

Dem Spendenaufruf der Weltbibelhilfe zum diesjährigen Erntedankfest liegt eine Gebetskarte mit dem arabischen Nūn-Zeichen bei. Es steht für Nazarener, die Bezeichnung für Christinnen und Christen im Koran. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS)

kennzeichnete mit diesem Buchstaben die Häuser von Christen in den von ihnen eroberten Gebieten. Dadurch drohte ihnen Verfolgung und Tod. Doch das Zeichen entwickelte sich zum Symbol für die weltweite Solidarität mit den arabischen Christen. "Etwas völlig Unerwartetes war geschehen: Das angsteinflößende, tödliche Zeichen war zu einem Symbol der Hoffnung geworden", erklärt der ehemalige badische Landesbischof und Schirmherr der Weltbibelhilfe, Dr. Ulrich Fischer.

Die Bibelgesellschaft in Syrien konzentriert sich aktuell auf die Arbeit für die im Land verbliebenen Christinnen und Christen. „Für uns ist es wie ein Wunder, dass wir am Leben sind und den Menschen Bibeln bringen dürfen", berichtet ein Mitarbeiter. „Wir besuchen die Kirchen, auch wenn es schwierig und oftmals gefährlich ist. Wir geben nicht auf, denn die Christen in Syrien sind sehr dankbar für Gottes Wort."

Die Nachfrage nach Bibeln ist laut Bibelgesellschaft seit Beginn des Bürgerkriegs um das Zehnfache gestiegen. Nach ihren Erfahrungen sind jetzt besonders Kinderbibeln gefragt. Kinder seien die Zukunft und sie sollten in dieser schwierigen Zeit erfahren, dass Gott bei ihnen ist und sie stärkt. Die noch existierenden Kirchengemeinden bieten deshalb nach Möglichkeit Kinderstunden an, berichtet die Bibelgesellschaft.

Die Weltbibelhilfe sammelt in Deutschland Spenden für die Übersetzung und Verbreitung der Bibel sowie andere bibelgesellschaftliche Arbeit weltweit. Partner sind die im Weltverband zusammengeschlossenen Bibelgesellschaften. Der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) zählt 148 Mitglieder und ist in mehr als 200 Ländern aktiv. Weitere Informationen im Internet unter: www.die-bibel.de/weltbibelhilfe

Adventisten starten ersten globalen TV-Sender in französischer Sprache

Leitende der adventistischen Kirchenleitung in Mittelamerika und von Hope Channel
© Foto: Libna Stevens / IAD

Miami, Florida/USA/APD Durch die Zusammenarbeit der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA und der teilkontinentalen Kirchenleitung der Adventisten in Mittelamerika (IAD) konnte am 15. September der

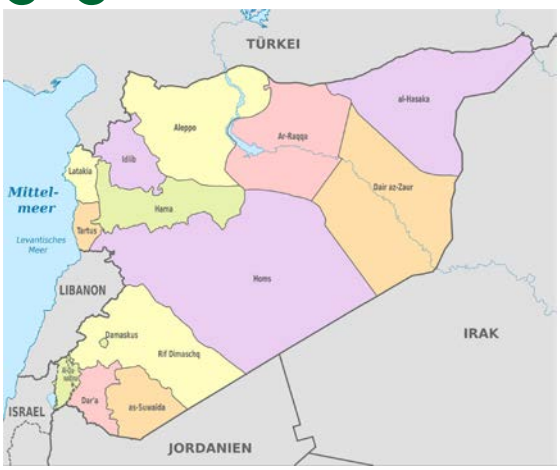
erste globale Fernsehsender in französischer Sprache „Esperance TV Interamerique" (Hoffnungs-TV Mittelamerika) in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig wurden auch zwei weitere Fernsehsender gestartet: „Hope Channel Inter-America" (Hoffnungs-TV Mittelamerika) auf Englisch und „Esperanza TV Interamérica" auf Spanisch.

Der französischsprachige Fernsehsender ist online und über den Streaming-Player „Roku" zu sehen, die anderen beiden Sender sind auch über Satellit zu empfangen. „Es liegt noch viel Arbeit vor uns, und wir müssen alle vorhandenen technischen Mittel verwenden, um die Menschen mit der guten Nachricht von der baldigen Wiederkunft Jesu zu erreichen", sagte Pastor Derek Morris, Präsident von Hope Channel International, auf der kurzen Feier am 15. September in Miami/USA. Die teilkontinentale adventistische Kirchenleitung für Mittelamerika (IAD) habe viel investiert, um die drei Sender jeweils rund um die Uhr betreiben zu können, sagte Pastor Abel Márquez, Leiter der Abteilung Kommunikation der IAD.

Die übergeordnete Leitstelle der drei Sender befindet sich beim Hope Channel International am Sitz der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA. In Miami/USA sowie in Mexiko sind weitere Standorte eingerichtet worden, um die Wiedergabelisten der drei TV-Sender zu betreuen.

Sendungen von Hope Channel Inter-Amerika sowie anderer internationaler Sender von Hope Channel können verfolgt werden über:
http://www.hopetv.org/watch/international-channels/

Syrien: Erzbischof Hindo beklagt Zunahme von Gewalt kurdischer Milizen gegenüber Christen



Syrien
© Grafik: TUBS/Wikimedia Commons

Damaskus/Syrien/poi/Fides/AsiaNews/CBS KULTUR INFO/APD Für die Christen verschlechtert sich die Situation in der Großstadt Hassaké (al-Hasaka), in der nordöstlichen syrischen Provinz zwischen Euphrat und Tigris. Aus der Stadt wurden zwar

die eingesickerten IS-Terroristen vertrieben, aber es gibt ständige Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Milizen, die rund 80 Prozent des Stadtgebiets kontrollieren sollen und Regierungstruppen, die u.a. die offiziellen Gebäude im Stadtzentrum in der Hand haben.

Der syrisch-katholische Erzbischof von Hassaké-Nisibi, Jacques Behnan Hindo hat im Gespräch mit der katholischen Nachrichtenagentur „Fides" von zunehmender Gewalt und Einschüchterungsversuchen gegenüber der christlichen Bevölkerung berichtet. Brandanschläge und ähnliche Vorkommnisse sind nach seiner Ansicht Bestandteil einer gezielten Strategie zur Vertreibung der Christen. Der seit 1996 amtierende Erzbischof gilt als nüchterner Beobachter aller am syrischen Konflikt beteiligten Gruppierungen.

„Jedes Mal, wenn die kurdischen Milizen aktiv werden, um die eigene Vorherrschaft über die Stadt zu sichern, ist das Zentrum ihrer Aktionen jenes Stadtviertel, in dem sich sechs christliche Kirchen befinden und wo die meisten Christen leben", bedauert Erzbischof Hindo. In vielen Fällen seien Christen bedroht und aus ihren Wohnungen vertrieben worden, die anschließend geplündert wurden. Auch er selbst sei Opfer eines solchen Einschüchterungsversuchs geworden, berichtet der Erzbischof: Als Milizionäre auf die Fenster seiner Wohnung schossen, hätten die Schüsse nur knapp seinen Kopf verfehlt. Zum Zeitpunkt des Vorfalls sei das Viertel von kurdischen Milizen kontrolliert worden, es habe keine anderen Bewaffneten in der Gegend gegeben.

Auch eine humanitäre Hilfslieferung seiner Eparchie für muslimische Einwohner von ehemals von den IS-Terroristen belagerten Dörfern in der Umgebung von Hassaké sei unter Beschuss genommen worden. „Es ist sicher", so der Erzbischof zu diesem Vorfall, „dass die Schüsse nicht von Dschihadisten abgefeuert wurden, deren Basislager mehr als 20 Kilometer entfernt sind". Außerdem mache es ihn besorgt, dass unter kurdischem Kommando jetzt auch Milizionäre zu finden seien, die früher mit den IS-Terroristen gemeinsam unterwegs waren.

Um Ausgleich zwischen Kurden und syrischen Regierungstruppen ist nach einem Bericht der katholischen Nachrichtenagentur „AsiaNews" die armenische Gemeinschaft von Hassaké bemüht. Seitens der Armenier werde jeder Gedanke an Emigration zurückgewiesen. Die armenische Gemeinschaft in Hassaké hat tiefe historische Wurzeln; nach dem Völkermord im Osmanischen Reich (1915 bis 1923) wurde die Gemeinschaft durch Flüchtlinge aus den türkisch verbliebenen Städten, vor allem aus Mardin, verstärkt. In der jetzigen Situation, der de-facto-Teilung der Stadt, haben die Armenier die Erlaubnis, von einer „Zone" in die andere zu wechseln; daher übernehmen sie immer wieder eine Vermittlerrolle.

Laut „AsiaNews" ist die humanitäre Situation in Hassaké schwierig. Wie in anderen syrischen Städten ist die Stromversorgung immer wieder unterbrochen, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten ist unzureichend, das Gesundheitssystem ist praktisch zusammengebrochen. Wer ärztliche Hilfe braucht, muss sich nach Kamischli (al-Qamishli) wenden, die unmittelbar an der türkischen Grenze gelegene Stadt.

In dem Bericht von „AsiaNews" sind aber auch erstmals Hinweise enthalten, dass es in er-Raqqa, der inoffiziellen Hauptstadt der IS-Terroristen, nach wie vor armenische Christen gibt, die dort als „Dhimmi" („Schutzbefohlene" nach Scharia-Recht) leben müssen. Die armenische Kirche sei geschlossen, die Kreuze und Glocken abmontiert,

zu seltenen Anlässen gebe es die Erlaubnis, dort „leise" einen Gottesdienst zu feiern. Dafür müsse extra eine Sondersteuer in Höhe von siebeneinhalb Gramm Gold gezahlt werden.

Adventistische Weltkirchenleitung will Ausgaben senken

Hauptsitz der adventistischen Weltkirchenleitung, Silver Spring, Maryland/USA
© Foto: San Suvankham

Silver Spring, Maryland/USA/APD Der Finanzvorstand der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), Juan R. Prestol-Puesán, informierte am Sitz der Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA, darüber, dass sich die globale wirtschaftliche Unsicherheit auf die Haushaltslage der Generalkonferenz auswirke und sie seit August unterhalb des Budgets liege. In Zukunft würden alle Tätigkeiten überprüft um Ausgaben zu senken. Der zentrale Auftrag der Kirche, den Menschen die frohmachende Nachricht von Jesus Christus zu verkünden, solle aber nicht tangiert werden, teilte *Adventist Review* (AR, nordamerikanische Kirchenzeitschrift) mit.

Stärkerer US-Dollar

Bereits im April hatte Juan R. Prestol-Puesán auf die sich abzeichnenden finanziellen Schwierigkeiten der Weltkirchenleitung hingewiesen. Obwohl die weltweit 19,5 Millionen adventistischen Kirchenmitglieder treu ihre „Zehnten" und Gaben spendeten, sei die Weltkirchenleitung seit August unterhalb des Budgets, so Prestol-Puesán. Grund dafür sei das Erstarken des Dollars gegenüber anderen Währungen. Da die adventistische Weltkirchenleitung in US-Dollar budgetiere, führten die finanziellen Zuwendungen von Ländern mit schwächerer Währung bei der Umrechnung zu Verlusten im Millionenbereich. Bei der anstehenden internen Überprüfung aller Bereiche und Tätigkeiten gehe es darum, Kosten einzusparen, so Prestol-Puesán. Dabei sei er laut AR offen für Vorschläge der Mitarbeitenden.

Weitere Gründe für die angespannte Finanzlage

Ein weiterer Grund, weshalb die Finanzlage der adventistischen Weltkirchenleitung angespannt sei, habe mit dem Auszug der Nordamerikanischen Kirchenleitung (NAD) aus dem Hauptsitz in Silver Spring und dem Umzug in ein anderes Gebäude in

Columbia, Maryland, zu tun. Der Mietausfall für die Weltkirchenleitung betrage pro Jahr rund eine Million US-Dollar. Hinzu komme laut dem Finanzvorstand die gemeinsam vereinbarte Reduzierung der Beitragsprozente der Nordamerikanischen Kirchenleitung an das Budget der Weltkirchenleitung im Lauf der nächsten Jahre.

Der frei gewordene Platz im Gebäude der Weltkirchenleitung werde zukünftig teilweise durch die Büros der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International belegt; möglicherweise auch durch den adventistischen Radiosender „Adventist World Radio“ (WAR) und das „Adventist Risk Management“ (ARM).

Adventistin zur stellvertretenden Gouverneurin der Britischen Jungferninseln ernannt

Rosalie Adams (links) nimmt die Dokumente zur Treuepflicht der Staatsbeamten und der ordnungsgemäßen Amtsführung entgegen
© Foto: BVI Government Information Service

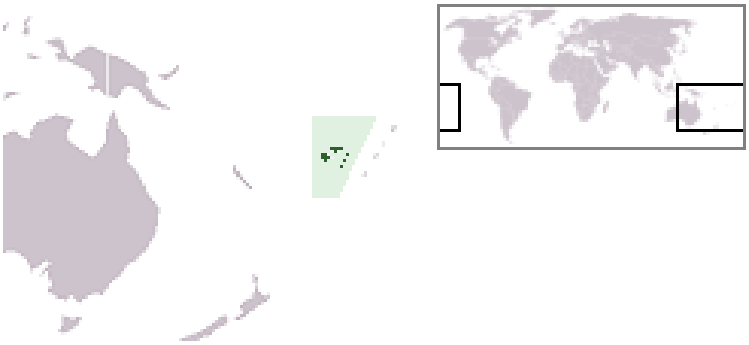
Christiansted, St. Croix/Jungferninseln/APD Königin Elisabeth II. hat die Adventistin Rosalie Adams durch den britischen Außenminister für die Zeit vom 1. September 2016 bis Februar 2018 zur stellvertretenden Gouverneurin der Britischen Jungferninseln ernannt. Adams kann nun bei temporärer Abwesenheit des Gouverneurs, John S. Duncan, dessen Funktion als Staatsoberhaupt übernehmen.

Rosalie Adams sei 1968 in den öffentlichen Dienst getreten und habe an verschiedenen Schulen im Gebiet der Britischen Jungferninseln unterrichtet bevor sie 2005 als Staatssekretärin ins Ministerium für Gesundheit und Soziale Entwicklung berufen worden sei, berichtet *Adventist News Network* (ANN). Sie habe auch als Staatsekretärin im Ministerium für Kommunikation und später in der gleichen Funktion im Büro des Ministerpräsidenten gearbeitet.

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten auf den drei größten Inseln der Britischen Jungferninseln, Tortola, Virgin Gorda und Anegada bestehe aus acht Kirchgemeinden, die sich auch in der Nachbarschaftshilfe engagierten, so ANN. Die Adventisten führten auf den Britischen Jungferninseln eine staatlich anerkannte Schule mit Grund- und Sekundarschulklassen.

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Ein halbes Jahr nach Zyklon „Winston" auf Fidschi



Fidschi-Inseln
© Grafik: gemeinfrei/Wikimedia Commons

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Vor einem halben Jahr traf der Zyklon „Winston" auf die pazifische Inselgruppe Fidschi und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA reagierte schnell mit Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen.

Mehr Menschen geholfen als geplant
Anna Krikun (Weiterstadt bei Darmstadt), Koordinatorin für die Region Südostasien und Pazifik bei ADRA Deutschland, war vor kurzem auf Fidschi und informierte über die Arbeit des Hilfswerkes. ADRA habe mit 6.675 Haushalten doppelt so viele Menschen erreicht als ursprünglich geplant. Sie hätten Materialien für die Ausbesserung ihrer Häuser, Saatgut und Lebensmittel erhalten. Auch Hygieneartikel seien verteilt und Hygieneschulungen durchgeführt worden, da die Wasserversorgung stark eingeschränkt gewesen wäre.

Gute Ernten sichern Ernährung
Mit dem Verteilten von Saatgut für Gemüse und Knollenfrüchte könnten die Menschen ihre Felder und Gärten bestellen. Einige Gemüsesorten, wie etwa Chinakohl, würden sehr schnell reif, sodass laut Anna Krikun bereits zum zweiten Mal geerntet werden konnte. Andere Gemüsesorten wie Auberginen, Kürbisse, Karotten und Zucchini, wüchsen ebenfalls ertragreich. Mit diesen Ernten könnten die Betroffenen die Zeit bis zur nächsten Maniok-Ernte, dem Hauptnahrungsmittel des Inselstaates, überbrücken.

Die Erträge wären so gut, dass manche Haushalte ihre Überschüsse verkaufen und sich dadurch ein kleines Einkommen erwirtschaften könnten. Weitere Einkünfte erzielten die Inselbewohner aus den zahlreichen Kokosnusspalmen sowie dem Fischfang. Zwei Monate nach dem Zyklon hätten sich die Fischbestände wieder normalisiert.

Umweltprojekte wieder aufgenommen

Der Wirbelsturm habe zwar ADRA-Projekte zum Schutz der Umwelt auf Fidschi verzögert, doch sie seien inzwischen wieder aufgenommen worden. So würden 250 Solaranlagen aufgebaut, mit denen die Energieversorgung von 250 Haushalten auf ökologische und effiziente Weise verbessert werden soll. Daneben würden energieeffiziente Öfen eingeführt. Diese hätten eine geringere Rauchentwicklung und wären sparsamer beim Brennstoffverbrauch. Dadurch würden die Gesundheit der Frauen beim Kochen weniger belastet und die Waldbestände geschont. Aus jedem Dorf erhielten fünf Personen (insgesamt 75) eine Schulung zum Bau der Öfen und sie sollen ihr Wissen anschließend an die Bewohner ihrer Heimatdörfer weitergeben. Mit ihren neuen Kenntnissen könnten sich die Ausgebildeten selbständig machen. Schulungen darüber, wie man ein Kleinunternehmen erfolgreich führe und Rücklagen bilde, erhielten sie zusätzlich.

Um die Fischbestände und die Küstenregionen zu schützen, würden umweltschonende Fischfangmethoden bekannt gemacht. Langfristig könnten alle diese verschiedenen Maßnahmen dazu beitragen, die Gesundheit der Menschen sowie ihre Einkommenssituation zu verbessern und die Umwelt zu schützen, betonte Anna Krikun.

Die Maßnahmen werden von der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission (ECHO) sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell unterstützt.

KULTUR

Lobpreis und Verantwortung für die Schöpfung gehören zusammen

Zentrale Feier des ökumenischen Tags der Schöpfung fand in Bingen statt

Gottesdienst zum „Tag der Schöpfung" in Bingen
© Foto: Marc Witzenbacher/ACK

Bingen am Rhein/ACK/APD Die Schöpfung und ihre Vielfalt wahrzunehmen sowie mit einem nachhaltigen Lebensstil zu ihrer Bewahrung beizutragen, dazu hat die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland beim diesjährigen ökumenischen Tag der Schöpfung unter dem Motto „Die ganze Schöpfung – Lobpreis Gottes" in Bingen aufgerufen.

In diesem Jahr fand die bundesweite zentrale Feier des Schöpfungstages in Bingen am Rhein unter dem Motto „Die ganze Schöpfung – Lobpreis Gottes" statt. „Jedes Geschöpf ist ein Grund, Gott zu loben", sagte Dorothea Sattler, Professorin für Ökumenische Theologie an der Universität Münster, in der Predigt des ökumenischen Gottesdienstes im Park am Mäuseturm.

Hoffnung auf ewiges Leben

Der Lobpreis der Vielfalt der lebendigen Geschöpfe dürfe aber nicht verschweigen lassen, dass es auch heute immer wieder Grund zur Klage gebe: „Kinder sterben unter Trümmern nach einem Erdbeben; Menschen ertrinken auf der Flucht in den Wellen der Meere; Tausende von Tieren erkranken und werden getötet", sagte Sattler. Die biblische Botschaft zeichne aber ein Bild der Hoffnung, dass die Schöpfung einmal von ihren Leiden erlöst werde. Das sei keine billige Vertröstung, sondern fordere den Menschen zum Handeln auf. „Ohne die Hoffnung auf ewiges Leben bleibt die Zuversicht der Geschöpfe ohne Ziel – letztlich aussichtslos."

An dem Gottesdienst wirkten neben dem Vorsitzenden der ACK in Deutschland, Bischof Karl-Heinz Wiesemann (Speyer), der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Volker Jung, sowie der Diözesanadministrator des Bistums Mainz, Dietmar Giebelmann, mit. Vor dem Gottesdienst haben rund 20 kirchliche Initiativen und weitere Umweltorganisationen Projekte und Ideen für einen nachhaltigen

Lebensstil auf einem Markt der Möglichkeiten präsentiert.

ACK veröffentlicht Wort zu 500 Jahre Reformation

Gottesdienst der ACK Deutschland, Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann
© Foto: Marc Witzenbacher/ACK Deutschland

Augsburg/ACK/APD Die Impulse der Reformation aufnehmen und wechselseitig voneinander lernen: dazu ruft die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) in ihrem Wort zu 500 Jahre Reformation unter dem Titel „Versöhnt miteinander“ auf. Das Wort wurde auf der Mitgliederversammlung am 28. und 29. September 2016 in Augsburg veröffentlicht. Außerdem beschäftigen sich die Delegierten auf einem Studientag mit dem Thema „Freiheit“.

Mit einem feierlichen Gottesdienst und einem sich anschließenden Festakt hat die ACK in Augsburg ihr Wort zur Reformation der Öffentlichkeit präsentiert. Unter dem Motto „Versöhnt miteinander“ entwirft das Wort Perspektiven und Zugänge auf die Feier des Reformationsjubiläums als Christusfest. In fünf Schritten regt das Papier dazu an, das Jahr 2017 ökumenisch zu betrachten: die Impulse der Reformation aufzunehmen, gemeinsam die Folgen der Kirchenspaltung zu bedenken, wechselseitig voneinander zu lernen und die Zukunft ökumenisch zu gestalten.

„Gemeinsam leben wir in dem Bewusstsein, dass die Gaben des Geistes Gottes, die in einer christlichen Kirche bewahrt worden sind und gegenwärtig gelebt werden, auch andere Kirchen bereichern können“, heißt es in dem Wort. Gemeinsam könne man die durch die Reformation wieder in den Mittelpunkt gerückten biblischen Einsichten ökumenisch feiern. Dazu gehörten die Wertschätzung der Bibel als der gemeinsamen Basis des Glaubens, die Ausrichtung des christlichen Glaubens an der Gnade Gottes sowie die Überzeugung von dem in Glaube und Taufe begründeten Priestertum aller Christinnen und Christen. Dies sei untrennbar vom Gedenken an die zahlreichen Opfer religiös motivierter Gewalt: „Kriege, Vertreibungen und Hinrichtungen wurden im Namen Gottes gerechtfertigt“, beklagen die Kirchen in dem Wort. Daher wolle man sich gemeinsam um die Heilung der leidvollen Erinnerungen bemühen. Das Wort zu 500 Jahre Reformation kann unter www.oekumene-ack.de abgerufen werden.

Freiheit nur in Beziehung echte Freiheit – Studientag der ACK

Ausgehend von den Grundanliegen der Reformation hat sich die Mitgliederversammlung auf einem gemeinsamen Studientag mit den Geschäftsführern der regionalen ACKs mit dem Thema „Freiheit“ beschäftigt. Der katholische Moraltheologe Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff (Freiburg) würdigte das Freiheitsverständnis Martin Luthers, das für ein christliches Verständnis der Freiheit im christlichen Glauben prägend geworden sei: „Selbsttätigkeit und Freiheit des Menschen widersprechen nicht seiner Abhängigkeit von Gott, im Gegenteil: je abhängiger von Gott, umso mehr ist der Mensch in seiner Freiheit“, sagte Schockenhoff.

Diese Abhängigkeit der Freiheit von Beziehungen unterstrich die evangelische Dogmatikerin Prof. Dr. Elisabeth Gräb-Schmidt (Tübingen). „Selbstbestimmung ist nicht unbegrenzte Autonomie, sondern meint, dem Selbst zu entsprechen, das immer in Beziehungen eingebunden ist: menschlich, gesellschaftlich und in der Gottesbeziehung“, sagte Gräb-Schmidt. Luthers Freiheitsverständnis habe herausgestellt, dass die Selbstbestimmung des Menschen durch den Glauben an Gott befördert werde. „Christen sollen die Freiheit so gebrauchen, dass sie sich als verantwortliche Wesen begreifen.“

Die baptistische Kirchengeschichtlerin Prof. Dr. Andrea Strübind (Oldenburg) verwies darauf, dass es vor allem die täuferischen und unabhängigen Kirchen waren, von denen aus den Freiheitsimpulsen der Reformation auch politische Forderungen für Toleranz abgeleitet worden seien. „Die kirchliche und staatliche Toleranz sollte auch anderen Religionen sowie Ungläubigen gelten“, stellte Strübind dar.

Die orthodoxe Sicht auf die Freiheit vermittelte der orthodoxe Systematiker Prof. Dr. Daniel Munteanu (Bamberg/Targoviste). „Freiheit bedeutet Offenheit für das Feuer des Geistes Gottes, das Anerkennen der Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen, eine Hochschätzung des einzelnen Menschen, denn er ist fähig, das Licht des göttlichen Geistes zu empfangen“, sagte Munteanu. Daraus seien Konsequenzen für das eigene Handeln abzuleiten, die immer auch die Freiheit des anderen im Blick behalten müsse.

„Freiheit gibt es nur in Beziehung“, fasste der Vorsitzende der ACK in Deutschland, Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann (Speyer), am Ende die Diskussion zusammen. Freiheit sei kein autonomer Begriff, sondern beinhalte auch einen kritischen Blick auf sich selbst und bedeute damit eine Relativierung. Freiheit brauche Grenzen, um sich als wirklich Freiheit entfalten zu können. Die Vorträge des Studientages sowie weitere Texte zum Thema Freiheit von Mitgliedern des Deutschen Ökumenischen Studienausschusses der ACK sollen im Frühjahr 2017 unter dem Titel „Kontroverse Freiheit: Impulse der Ökumene“ im Herder-Verlag erscheinen.

Evangelische Allianz als neue Beobachterin

Als neue ständige Beobachterin der Arbeit der ACK in Deutschland hat erstmals die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) teilgenommen. Hartmut Steeb, Generalsekretär der DEA, stellte der Mitgliederversammlung die Arbeit und das ökumenische Interesse der Allianz vor.

Die Mitgliederversammlung ist das oberste, beschlussfassende Leitungsorgan der ACK. Sie besteht aus den 50 Delegierten der Mitglieder, Gastmitglieder sowie ständigen

Beobachter, die von den Kirchen für die Dauer von fünf Jahren benannt werden. Die Mitgliederversammlung der ACK tagt in der Regel zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst.

Kirchenerneuerung in der Geschichte der Freikirchen

Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung

Herbsttagung des VFF, Thomashof
© Foto: Holger Teubert/APD

Karlsruhe/APD Mit den Vorstellungen von der Erneuerung der Kirche in der Geschichte der Freikirchen befasste sich die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) vom 10. bis 11. September in der mennonitischen Tagungsstätte „Thomashof" in Karlsruhe. Angesichts des bevorstehenden Reformationsjubiläums informierten die Referenten, wie „Kirchenerneuerung" in der Geschichte verschiedener Freikirchen gedacht und umgesetzt wurde.

„Dass sich die meisten Freikirchen als erneuernde Kräfte in einer als defizitär empfundenen kirchlichen Landschaft verstanden haben, gehört zu ihrem entstehungsgeschichtlichen Hintergrund und prägt ihr Selbstverständnis bis heute", gab der 2. Vorsitzende des VFF, Dr. Thomas Hahn-Bruckart, Mainz, bei der Tagungseröffnung zu bedenken. Auch innerhalb der Freikirchenfamilien habe es im Laufe der jeweils eigenen Geschichte Erneuerungsbewegungen gegeben. Wie dabei „Erneuerung" jeweils theologisch verstanden wurde und welche Konzepte sich damit verbanden, sei nicht einheitlich gewesen.

Veränderung oder Wiederherstellung?

Der Tagungstitel „Reformatio oder Restitutio?" (Veränderung oder Wiederherstellung?) befasste sich mit zwei Begriffen, die Grundtendenzen aufzeigen sollten, in welcher Weise sich die jeweiligen freikirchlichen Traditionen oder Erneuerungsbewegungen in Kontinuität oder Diskontinuität zum Vorhergehenden sahen, so Hahn-Bruckart. Betrachtete man die damals vorhandenen Kirchen als reformierbar? Oder sah man als einzigen Weg auf das Urchristentum zurückzugreifen

und den Versuch einer „Wiederherstellung“ desselben anzustreben? Welche Rolle spielte dabei die Reformation im 16. Jahrhundert? Handelte es sich um eine „unabgeschlossene“ Reformation oder war sie auch nur Teil einer Verfallsgeschichte? Bei diesen Fragen gehe es nicht nur um theologische Grundentscheidungen, sondern auch um das Verständnis von Geschichte und das von den Freikirchen jeweils entworfene Selbstbild, sagte der 2. Vorsitzende des VFF.

Die Hessische Renitenz

Im ersten Referat erläuterte Professor Dr. Gilberto da Silva von der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberusel „Die Hessische Renitenz und ihre Geschichtstheologie“. In vielen deutschsprachigen Gebieten kam es aufgrund der Einführung der „Union“, gemeint ist die Vereinigung von lutherischer und reformierter Kirche, ab 1830 zur „Renitenz“. Durch den Protest von Pfarrern und Gemeinden gegen diese Union bildeten sich „freie“, staatsunabhängige lutherische Kirchen. 1866 wurde das Kurfürstentum Hessen von Preußen besetzt, annektiert und fortan als preußische Provinz Hessen-Nassau regiert. Die preußische Besatzung unierte 1873/74 die kurhessische Landeskirche, was einen schwerwiegenden Angriff auf das lutherische Bekenntnis darstellte. In den Gemeinden entstand offener Widerstand dagegen. Daraufhin wurden 43 Pfarrer, Anhänger des Marburger Theologieprofessors August Vilmar, ihres Amtes enthoben. Sie betreuten in der Folgezeit die „renitenten Gemeinden“ und gründeten die „Renitente Kirche ungeänderter Augsburgischer Konfession in Hessen“.

Aufgrund des Studiums des lutherischen Augsburger Bekenntnisses (CA) von 1530 kam Vilmar zur Überzeugung, dass Laien einschließlich des Landesherrn nicht über Angelegenheiten der Kirchen bestimmen dürften. Er forderte deshalb die Selbstregierung und Selbstverwaltung der Kirche durch das geistliche Amt, nämlich die Pfarrer. Für ihn gab es weder ein urchristliches noch ein reformatorisches Ideal. Das seien nur die jeweiligen Erkenntnisstufen gewesen. Die Reformation Luthers habe Vilmar zwar gewürdigt, doch sie sei noch nicht vollständig gewesen. Es habe die Erkenntnis vom geistlichen Amt in der Kirche gefehlt.

Die Christenheit zwölf Aposteln zugeteilt

Professor Dr. Helmut Obst, Halle, sprach über „Die Apostolische Bewegung zwischen Urchristentum und eschatologischer Heilsgemeinde“. In Großbritannien wurden unter dem Einfluss einer schottischen endzeitlichen Erweckungsbewegung zwischen 1832 und 1835 zwölf Männer durch prophetische Worte als Apostel berufen. Diesen wurde die Christenheit in zwölf Auftragsgebieten („Stämmen“) zugeteilt. Die Apostel sahen ihre Hauptaufgabe in der Einheit und Vollendung der Kirche. Sie wollten Christus bei seiner Wiederkunft die Kirche als „geschmückte Braut“ entgegenführen. Die Wiederkunft Christi erwarteten sie noch zu ihren Lebzeiten. Es entstanden Katholisch-Apostolische Gemeinden. Sie vertraten die Auffassung: Die Reformation hatte zwar eine große Bedeutung, doch sie habe nicht genügt, um die Kirche von Grund auf zu erneuern. Die Aufrichtung der biblischen Ordnung mit Aposteln und anderen Ämtern wäre eine der eigentlichen Aufgaben der Reformation gewesen. Doch die Reformatoren hätten sich auf falsche Ordnungen gestützt.

Die Kirche ist irreparabel

Professor Dr. Erich Geldbach, Marburg, informierte über „Geschichtsschau und Gemeindeideal bei John Nelson Darby“ (1751-1834). Aufgrund seiner heilsgeschichtlichen Schau vertrat Darby die Ansicht, dass die Kirche nach der Zeit der

Apostel irreparabel verfallen sei. Der Verfall habe bereits zur Zeit des Neuen Testaments begonnen. Darby stimmte in vielen Lehraussagen zwar mit den Freikirchen überein, kritisierte jedoch deren Absicht, die „Gemeinde nach dem Neuen Testament“ wiederherstellen zu wollen. Eine Wiederherstellung der ursprünglichen Gemeinde Jesu sei nicht mehr möglich, da Gott nie etwas wiederherstelle, was der Mensch verdorben habe, und außerdem das apostolische Amt fehle. Für die gegenwärtige Gemeinde sei es nur noch möglich, sich im Namen Jesu zu versammeln und sehnsüchtig auf den Tag der Entrückung durch Christus zu warten. Dazu seien keine Ämter, keine Dogmatik und keine kirchlichen Gebäude mehr nötig.

Der Pietismus als zweiter Teil der Reformation

Um die Erweckungsbewegung innerhalb der evangelischen Landeskirchen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging es bei Dr. Jan Carsten Schnurr von der Freien Theologischen Hochschule Gießen. Diese Bewegung hatte, so Schnurr, ein Geschichtsbewusstsein. Es wurden Vorbilder in der Vergangenheit gesucht. Man fand sie in den biblischen Berichten über die Apostel und in den Märtyrern der frühchristlichen Zeit bevor Kaiser Konstantin (272-337 n.Chr.) das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Auch für die Christen in vorreformatorischer Zeit, wie die Waldenser (ab 12. Jahrhundert), Jan Hus (1370-1415) und John Wycliff (1320-1384) bestand Interesse. Die Reformatoren wurden als Lehrer beschrieben, welche die Lehre des Evangeliums weitergaben. Sie waren „Kirchenverbesserer“, da sie die Kirche wieder auf den Boden der Heiligen Schrift zurückführten. Doch die Reformation habe als Wiederherstellung der Lehre nicht ausgereicht. Es sei auch der Pietismus mit der Wiederherstellung des gelebten Glaubens als zweiter Teil der Reformation notwendig gewesen.

Die unvollendete Reformation

Ob sich die Freien evangelische Gemeinden (FeG) als Kinder einer unvollendeten Reformation ansehen, darüber handelte das Referat von Professor Dr. Markus Iff, Dozent an der Theologischen Hochschule Ewersbach im hessischen Lahn-Dill-Kreis. Die Gemeinden betrachteten sich als „Kinder der Reformation“. Entscheidend sei jedoch die „Gemeinde der Glaubenden“. Evangelisch sein bedeute daher auch evangelisch leben. Das Evangelium binde den Glaubenden an Christus und deshalb sollte er auch im Gehorsam des Glaubens leben. In diesem Sinne sei die Reformation unvollendet und die FeG würden sich als Erneuerungsbewegung verstehen.

Die wahren Gläubigen leben in Gütergemeinschaft

Mit den Hutterern im 16. Jahrhundert befasste sich Dr. Astrid von Schlachta, Weierhof in Bolanden/Pfalz. Diese täuferische Kirche geht auf Jakob Hutter zurück, deren Anhänger in Gütergemeinschaft leben. Die Täufer wurden von der lutherischen, reformierten und der römisch-katholischen Kirche als Abtrünnige angesehen und deswegen verfolgt. Auch Jakob Hutter erlitt den Märtyrertod und wurde 1536 in Innsbruck auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die verfolgten Hutterer mussten das Südtiroler Pustertal verlassen und siedelten sich in der Markgrafschaft Mähren an, wo sie auf Gütern des Adels Schutz fanden. Dort kam es zur Einführung der Gütergemeinschaft, die schließlich als Zeichen der wahren Gläubigen und daher als heilsnotwendig angesehen wurde. Vorbild war für die Hutterer die Jerusalemer Urgemeinde. Doch die Anerkennung des Christentums durch Kaiser Konstantin habe zum Abfall der Kirche geführt. Die Reformatoren wurden von den Hutterern nur insoweit positiv gesehen, wenn sie sich gegen die Irrtümer des Papsttums wandten. Doch indem auch sie Staat und Kirche miteinander verbanden, wären sie nicht besser

gewesen.

Von der Erneuerungsbewegung zur partnerschaftlichen Kirche
Das Schlussreferat hielt Dr. Klaus Arnold, Linsengericht im Main-Kinzig-Kreis in Hessen, über „Die Kirche des Nazareners als soziale und theologische Erneuerungsbewegung". Die Kirche entstand aus der Heiligungsbewegung in den USA und wurde 1908 in Pilot Point/Texas gegründet. Sie umfasst heute über zwei Millionen Mitglieder in 155 Ländern und ist seit 1958 auch in Deutschland vertreten. Laut Arnold hat sich die Kirche des Nazareners aus einer sozialen und theologischen Erneuerungsbewegung zu einer eigenständigen, globalen und partnerschaftlichen Kirche entwickelt, die sich als reformbedürftig und reformierbar und auf den Prinzipien der Reformation stehend versteht.

Nächste VFF-Tagung in Wien
Die in Karlsruhe gehaltenen Referate werden im Jahrbuch des Vereins für Freikirchenforschung dokumentiert, der 2017 erscheinen soll. Die nächste Tagung des Vereins für Freikirchenforschung findet zum Thema „Reformation und Freikirchen in Österreich" vom 24. bis 25. Juni 2017 in Wien statt.

Alt-katholische Synode befasst sich mit Themenkomplex „Frieden"

Bischöfe Matthias Ring und Joachim Vobbe (v.l.)
© Foto: John Grantham/Wikimedia Commons

Mainz/APD Die in Mainz tagende 60. Ordentliche Synode des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland befasste sich unter anderem mit dem Thema „Frieden". Dabei ging es auch um den Waffenhandel und die Einmischung von Kirche in die Politik.

Einmütig beschloss das Kirchenparlament den Beitritt des Bistums zum Bündnis „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel". Informationen zu dem Aktionsbündnis sind im Internet unter www.aufschrei-waffenhandel.de zu finden. Nach einer intensiven Diskussion wurde vereinbart, dass sich die nächste Synode im Oktober 2018 einen ganzen Tag lang mit dem Thema „Frieden" auseinandersetzen wird, um nach Antworten im „Licht des Evangeliums" zu suchen. Laut alt-katholischem Bischof Dr. Matthias Ring gehe es auch darum, das Fehlen des Gesprächs in seiner Kirche über aktuelle gesellschaftliche, soziale und politische Fragen zu überwinden und klare Positionen zu beziehen. In gut alt-katholischer Tradition sollen nicht „unfehlbare Meinungsäußerungen" formuliert werden, sondern bestimmte Positionen für eine

bestimmte Zeit, also keine letztgültigen Positionen der gesamten Kirche, so Ring.

Gegenseitige Anerkennung von Firmung und Konfirmation
Die Synode beschloss auch die gegenseitige Anerkennung von Firmung und Konfirmation. Bereits im letzten November hatte die Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) dieser gegenseitigen Anerkennung zugestimmt. Im Text der Vereinbarung heißt es: „Lutheraner und Alt-Katholiken sehen in der Firmung/Konfirmation ein persönliches Bekenntnis der Getauften, eine lebensgeschichtlich bedeutsame Segenshandlung und eine Aktualisierung des gesamten Taufgeschehens als einer lebenslang gegenwärtigen Wirklichkeit.“ Mit dieser Vereinbarung ist es auch möglich, dass Alt-Katholiken und Lutheraner gegenseitig das Patenamt bei einer Taufe übernehmen können.

Die alt-katholische Kirche entstand aus dem Protest gegen die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit während des Ersten Vatikanischen Konzils 1869/70. Schon früh nach Gründung der Alt-Katholiken wurden intensive ökumenische Dialoge geführt und die verpflichtende Ehelosigkeit der Priester, das Zölibat, aufgehoben. Das geistliche Amt steht auch Frauen offen. Weitere Informationen unter www.alt-katholisch.de.

Neues Schuljahr auf der „Marienhöhe“ wieder mit Gesundheitstagen und Sponsorenlauf

Schulzentrum Marienhöhe

© Logo: Schulzentrum Marienhöhe

Darmstadt/APD Das Schulzentrum „Marienhöhe“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Darmstadt ist mit 756 Schülern ins neue Schuljahr gestartet, das sind 68 junge Menschen mehr als im Vorjahr. Auch dieses Jahr gab es wieder die „Marienhöher Gesundheitstage“ vom 3. bis 4. Oktober mit Sponsorenlauf. Die zugesagten Spenden von 28.400 Euro gehen an verschiedene Hilfsprojekte.

Erneute Steigerung der Schülerzahl
Erneut konnte die „Marienhöhe“ zu Beginn des neuen Schuljahrs ihre Gesamt-Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr steigern. Die Mittelstufe wurde um vier Schulklassen erweitert und acht neue Lehrkräfte eingestellt. Von den 756 Schülerinnen und Schülern besuchen 509 das Gymnasium, 187 die Real- und 60 die Grundschule. 47

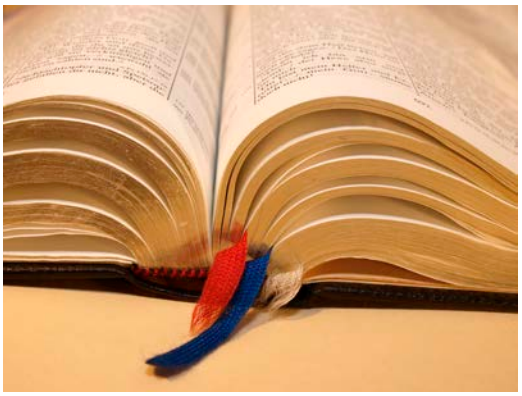
Schüler wohnen im hauseigenen Internat. Fast drei Viertel der Internatsschüler stammen aus adventistischem Elternhaus oder sind selbst Mitglieder der Freikirche. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl beträgt der Anteil der Adventisten zwölf Prozent. Von den 68 Lehrkräften sind 37 Adventisten, die 6 Internatspädagogen gehören jedoch alle der Freikirche an.

Marienhöher Gesundheitstage und Sponsorenlauf
Im Rahmen der „Marienhöher Gesundheitstage“ gab es auch dieses Jahr wieder die Aktion „Laufen für einen guten Zweck“. Alle Läufer mussten sich einen oder mehrere Sponsoren suchen, die sich bereit erklärten, jede Geländerunde von ca. 800 Metern Länge mit einem bestimmten Betrag zu honorieren. Nach Angaben der Schulverwaltung kamen dieses Jahr dabei etwa 5.000 Runden von insgesamt 645 Läuferinnen und Läufern zusammen.

Die zugesagten Spenden von 28.400 Euro stellen ebenfalls eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (27.300 Euro) dar. Das Geld geht zu jeweils einem Drittel an das Projekt ‚Du musst kämpfen‘ von Jonathan Heimes (http://www.dumusstkaempfen.de), an ein Projekt der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in Vietnam (http://www.adra.de/im-fokus/detailansicht/news/wie-erneuerbare-energien-leben-in-vietnam-veraendern), sowie an das bewährte Marienhöher Kambodscha-Projekt, bei dem es um den Aufbau einer Schule geht (http://marienhoehe.de/internate/highlights/entwicklungshilfe-in-kambodscha.html).

Schulzentrum Marienhöhe
Das 1925 eröffnete „Seminar Marienhöhe“ hat seit 1950 ein staatlich anerkanntes Gymnasium. 1994 folgte die Realschule und 2010 die Grundschule. Das Schulzentrum Marienhöhe ist als „Gesundheitsfördernde Schule“ zertifiziert. Weitere Informationen: www.marienhoehe.de

MEDIEN



Neue Einheitsübersetzung der Bibel vorgestellt

© Foto: Matthias Müller/churchphoto.de

Fulda/APD Vertreter der römisch-katholischen Kirche haben in Fulda die revidierte „Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift“ vorgestellt. Die Überarbeitung der 1979 erschienenen offiziellen Bibelausgabe der katholischen Kirche dauerte zehn Jahre. Anfang 2017 soll die neue Einheitsübersetzung im Buchhandel verfügbar sein.

Eine gemeinsame deutsche Bibel für den katholischen Gottesdienst
Laut emeritiertem Bischof Joachim Wanke (Erfurt), langjähriger Vorsitzender des Leitungsgremiums für die Revision der Heiligen Schrift, beschreibe der Name „Einheitsübersetzung“, dass es sich um eine katholische Bibelausgabe handele, die einheitlich für das ganze deutsche Sprachgebiet gelten soll. Dass man heute katholischerseits von Kiel bis nach Bozen und von Echternach bis Görlitz denselben deutschen Bibelton im Ohr habe, sei früher nicht selbstverständlich gewesen.

„Die erste Idee zu einer einheitlichen Übersetzung kam 1960 auf“, berichtete Wanke. Zudem habe das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) eine biblische Erneuerung von Seelsorge und Liturgie gefordert, „und in der Liturgie machte es den Weg frei für die Volkssprachen“. Wollte man dem Wunsch des Konzils gerecht werden, „brauchte es getreue und praxistaugliche Übersetzungen“. Deshalb hätten sämtliche Bischöfe des deutschen Sprachgebiets beschlossen, sich am Projekt „Einheitsübersetzung“ zu beteiligen. Es habe sich dabei um die Bischofskonferenzen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sowie die Bischöfe beziehungsweise Erzbischöfe von Straßburg, Luxemburg, Bozen-Brixen und Lüttich gehandelt. 1979 sei schließlich die Einheitsübersetzung in verbindlicher Fassung als offizielle Bibelausgabe der römisch-katholischen Kirche im deutschen Sprachgebiet erschienen.

Eine moderate Überarbeitung
Da eine Sprache sich verändere und die Bibelwissenschaften zu neuen Erkenntnissen gelangten, auch wenn es dabei meist nur um philologische Nuancen gehe, hätten sich die drei Bischofskonferenzen sowie die anderen beteiligten Bischöfe 2003 miteinander verständigt, eine Revision der Einheitsübersetzung in Auftrag zu geben. Damit sei 2006 begonnen worden, so Bischof Wanke. Da die bisherige Einheitsübersetzung eingeführt, ihr sprachlicher Grundton weithin vertraut und auch bibelwissenschaftlich solide gewesen sei, habe es keiner völlig neuen Übersetzung bedurft. Es wäre stattdessen um eine moderate Überarbeitung unter möglichst weitgehender Wahrung des Textbestands gegangen. Nach all den Textarbeiten habe die neue Einheitsübersetzung die verschiedenen etwa zwei Jahre dauernden Prüf- und Genehmigungsverfahren der katholischen Kirche durchlaufen.

Auch Überarbeitung der liturgischen Bücher
Der Vorsitzende der Liturgiekommission der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Friedhelm Hofmann (Würzburg), wies darauf hin, dass die revidierte Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift in ihrem Wortlaut künftig im ganzen deutschen Sprachgebiet der katholischen Kirche verbindlich sei. Das gelte auch für die im Gottesdienst verwendeten liturgischen Bücher, die biblische Lesungen und Bibeltexte enthielten. Sie würden sukzessiv mit der neuen Textfassung der Einheitsübersetzung ausgestattet.

Neu in der Einheitsübersetzung – die Apostelin Junia
„An manchen Stellen ist die Übersetzung ein Kompromiss und sicher würde man in einigen Jahren wieder manches als ‚zeitbedingt‘ anders formulieren“, sagte die Geschäftsführende Direktorin des Katholischen Bibelwerks, Dr. Katrin Brockmöller, im Pressegespräch in Fulda. Anhand einiger Textbeispiele zeigte sie, wo es Veränderungen gegenüber der bisherigen Einheitsübersetzung gab. Lang ersehnt von vielen Bibelleserinnen wäre beispielsweise die Aufnahme der bibelwissenschaftlichen Erkenntnis in Römer 16,7: Der Gruß des Paulus richtet sich nun nicht mehr an einen vermeintlichen Junias, sondern an die Apostelin Junia. Ebenso lautet die Anrede in

den Briefen des Neuen Testaments nun dem ursprünglichen Sinn entsprechend „Brüder und Schwestern“, wenn eine gemischte Gruppe der Gemeinde angesprochen werde.

Viele kleine sprachliche Veränderungen zeigten, dass Sprach- und Denkgewohnheiten sich in knapp 40 Jahren verändert hätten: Adam hat nun mit Eva statt einer „Hilfe, die ihm entspricht“ eine „ebenbürtige Hilfe“ (Genesis 2,16); Elisabet und Maria werden „schwanger“, statt „sie empfangen“. Neue Nuancen erwarteten die Leser auch in Exodus 19–20; zum Beispiel spricht Gott nun mit „verstehbarer Stimme“ nicht „im Donner“. Der Vorwurf Jesu an die Emmausjünger (Lukas 24,25) bewege sich jetzt weniger auf der kognitiven Ebene („begreift ihr denn nicht“), sondern beklage vielmehr ihre „trägen Herzen“. Damit sei das griechische Sprachbild korrekt wiedergegeben und zudem der Glaube als bewusste Herzensentscheidung angesprochen.

Keine ökumenische Bibelübersetzung mehr

Bischof Joachim Wanke wies darauf hin, dass die ökumenische Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Revision der Einheitsübersetzung nicht habe fortgesetzt werden können. Die Gründe hierfür seien „hauptsächlich verfahrenstechnischer Natur“ gewesen.

An der Einheitsübersetzung hatten von Beginn an auch evangelische Theologen mitgearbeitet. An der Übersetzung der Psalmen und des Neuen Testaments wirkte dann auf Bitten der Deutschen Bischofskonferenz die EKD offiziell mit. 1970 schlossen Bischofskonferenz und EKD einen Vertrag über die gemeinsame Arbeit an der neuen Bibel. Seit 1980 war diese auch für den Gebrauch in der evangelischen Kirche freigegeben und wurde insbesondere in ökumenischen Veranstaltungen neben der Lutherbibel verwendet. Im Zuge der Revisionsarbeiten kam es jedoch zu einem Konflikt zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Seite, in dessen Folge die EKD den 1970 geschlossenen Vertrag im Jahr 2005 aufkündigte.

Als entscheidendes Hindernis einer weiteren evangelisch-katholischen Zusammenarbeit an dem Projekt bezeichnete damals die EKD in einer Presseerklärung die vatikanische Instruktion über den „Gebrauch der Volkssprache bei der Herausgabe der Bücher der römischen Liturgie“ vom 28. März 2001. Dort seien Kriterien enthalten, „die von evangelischer Seite nicht mitgetragen werden können“. Der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Landesbischof Wolfgang Huber wies darauf hin, dass in dem Vatikan-Text betont werde, dass bei einer Bibelübersetzung auch die katholische Glaubenslehre Berücksichtigung finden müsse. Im Protestantismus dagegen gelte allein die Heilige Schrift als Grundlage des Glaubens. Außerdem befürchtete die EKD, dass die evangelischen Vertreter in strittigen Übersetzungsfragen überstimmt werden könnten.

Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, erklärte 2005 zur Absage des Rates des EKD, dass es „eine erhebliche Belastung“ sei, „wenn gerade im Land der Reformation, wo wir über ein Vierteljahrhundert schon auf eine gemeinsame Übersetzung zurückgreifen konnten, dieses gemeinsame Zeugnis unterbrochen wird, während viele Nachbarn in anderen Ländern inzwischen ökumenisch vereinbarte Übersetzungen geschaffen haben“. Die in Fulda vorgestellte neue Einheitsübersetzung ist daher keine ökumenische Bibel mehr, sondern wird allein von der römisch-katholischen Kirche verantwortet.

Auch eine neue Lutherbibel
Nach fünfjähriger Arbeit wurde bereits im September 2015 die Revision der Lutherbibel abgeschlossen. Dazu hatte der Rat der EKD zur Koordination einen Lenkungsausschuss eingesetzt, in dem rund 70 exegetische Wissenschaftler, praktische Theologen sowie kirchleitende Personen vertreten waren. Die Deutsche Bibelgesellschaft wurde mit der Herstellung und Verbreitung der neuen Bibel betraut. Der Andruck der „Lutherbibel 2017“ erfolgte am 16. Juni 2016. Die neue Bibel erscheint zum Reformationstag 2016, der offizielle Verkaufsstart ist der 19. Oktober 2016.

Dazu meinte Bischof Wanke, es „steht außer Frage, welch entscheidende Bedeutung der Heiligen Schrift für das gemeinsame Christusbekenntnis zukommt“. In diesem Sinne würden die katholischen Bischöfe zusammen mit der EKD am 9. Februar 2017 in Stuttgart eine ökumenische Bibeltagung abhalten. Dabei „wollen wir das Wort Gottes, das uns verbindet, gemeinsam ins Zentrum rücken“.

Die Geschichte der Lutherbibel
Die Lutherbibel geht auf die Übersetzungen des Reformators Martin Luther und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1521 bis 1545 zurück. Die Übersetzung des Neuen Testaments erschien im September 1522 (Septembertestament). In den folgenden Jahren wurden kontinuierlich weitere Bücher der Bibel übersetzt, bis 1534 die erste Gesamtausgabe des Alten und Neuen Testaments erschien. Im Jahr 1545 kam die letzte von Luther selbst durchgesehene Gesamtausgabe heraus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man die Bibelübersetzungen, die auf Martin Luther zurückgingen, sich aber durchaus unterschieden, kritisch durchzusehen und eine erste Revision vorzunehmen. Sie hatte das Ziel, den ursprünglichen Luthertext wieder herzustellen und diesen an jenen Stellen, wo er nicht mehr verständlich oder unklar war, an den allgemeinen Sprachgebrauch anzugleichen. Immer noch in Gemeinde-Gebrauch ist der Text der zweiten Revision von 1912.

Die dritte und letzte Revision wurde in den Jahren 1964 (Altes Testament), 1970 (Apokryphen) und 1984 (Neues Testament) abgeschlossen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es im Zuge der Revisionsarbeiten im Jahr 1975. Der damals vorgelegte revidierte Text des Neuen Testaments stieß in weiten Teilen der evangelischen Kirche auf zum Teil massive Kritik. Man vermisste vor allem die „Treue gegenüber der Sprache Luthers“. Es wurde eine „Nach-Revision“ vorgenommen, sodass der gesamte Prozess der Revision erst 1984 zum Abschluss kam. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechtschreibung 1999 wurde der Text noch einmal durchgesehen.

Adventisten zu Mel Gibsons neuem Film „Hacksaw Ridge"

Desmond T. Doss (1945) in Okinawa, Japan
© Foto: Courtesy of Desmond Doss Council

Silver Spring, Maryland/USA/APD Die nordamerikanische Kirchenleitung (North American Division – NAD) der Siebenten-Tags-Adventisten äußert sich in einer Erklärung zu „Hacksaw Ridge", einem Kriegsfilm von Mel Gibson. Es geht dabei vor allem um ein Blutbad bei der Erstürmung eines Felsplateaus auf der japanischen Insel Okinawa durch amerikanische Marineinfanteristen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Dabei wird auch der selbstlose Einsatz des Adventisten und waffenlosen Sanitätssoldaten Desmond T. Doss dargestellt, der an einem Tag 75 Verwundete, darunter auch gegnerische Japaner, über eine Felskante in Sicherheit abseilte. Doss habe als erster Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen („Nichtkämpfer") die Ehrenmedaille des US-Kongresses erhalten und mit seiner Gesinnung Generationen von Adventisten motiviert, so die Kirchenleitung. Die „Congressional Medal of Honor" als höchste Auszeichnung der Vereinigten Staaten wurde ihm am 12. Oktober 1945 von US-Präsident Harry S. Truman verliehen.

Demnach war Desmond T. Doss 1942 der erste zum Militärdienst Einberufene, der sich aus Gewissensgründen weigerte eine Waffe in die Hand zu nehmen. Ihm wurde der Status eines Kriegsdienstverweigerers („Nichtkämpfers") gewährt, sodass er als waffenloser Sanitätssoldat im Zweiten Weltkrieg diente.

Inmitten der filmischen Darstellung der Kriegsrealität zeichne „Hacksaw Ridge" ein „aufwühlendes Porträt, wie Doss trotz des Horrors des Schlachtfelds seinen Glauben in entschlossener Weise ausgelebt hat", so die NAD-Erklärung. Die adventistische Kirche habe seit ihrer Gründung (1863) das Tragen von Waffen abgelehnt, heißt es weiter.

Die Erklärung schließt mit der Feststellung, dass die nordamerikanische Kirchenleitung der Adventisten die Sorgfalt der Filmemacher schätze, mit der sie den Glauben von Desmond T. Doss dargestellt sowie dessen einzigartige Auswirkungen in „Hacksaw Ridge" umgesetzt hätten.

Kinostart in Deutschland: 12. Januar
„Hacksaw Ridge" wurde beim Filmfestival in Venedig das erste Mal gezeigt und soll in den USA am 4. November in die Kinos kommen. Der Kinostart für Deutschland ist für den 12. Januar 2017 vorgesehen.

Adventisten sind „Nichtkämpfer“
Adventisten sind „Nichtkämpfer“. Sie empfehlen in Ländern mit Wehrpflicht, in denen kein Zivildienst geleistet werden kann, den waffenlosen Dienst in der Armee.

Dienst ohne Waffe aus Gewissensgründen
„Während die offizielle Position unserer Kirche im Dienst ohne Waffe beziehungsweise in der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen besteht, wird die Entscheidung, dem Militär beizutreten, dem Gewissen des Einzelnen überlassen. Allerdings ermutigt unsere Kirche aufgrund des nichtkämpferischen Grundgedankens der Bibel, der Schwierigkeiten, den Sabbat (Samstag) als Ruhetag zu halten und anderer Probleme, niemanden, sich dem Militär anzuschließen“, betonte Pastor Ted N. C. Wilson, Präsident der adventistischen Weltkirchenleitung, in der August-Ausgabe 2014 der Zeitschrift „Adventist World“. „Unabhängig von der Entscheidung des Einzelnen fühlt sich unsere Kirche dem geistlichen Dienst und der seelsorgerlichen Unterstützung für alle ihrer Mitglieder verpflichtet, einschließlich derer, die im Militär dienen, samt ihren Familien.“

„Siebenten-Tags-Adventisten haben ihr historisches Zeugnis für den Frieden und den Dienst ohne Waffe in den Jahren ihres Bestehens nicht aufgegeben“, gab Wilson zu bedenken. Immer wieder hätten Leiter der Kirche die Politiker aufgerufen, Konflikte zu vermeiden. So hätten beispielsweise drei Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs der Präsident, der Generalsekretär und der Finanzvorstand der Generalkonferenz, als oberste Repräsentanten der adventistischen Weltkirchenleitung, in einem offenen Brief erklärt: „Als Siebenten-Tags-Adventisten sprechen wir uns – wie auch andere Religionsgemeinschaften – nachdrücklich für eine Rüstungsbegrenzung aus. Wenn es im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft möglich wäre, würden wir eine Abschaffung aller Kriege zwischen den Nationen befürworten. Zu dieser Sicht drängt uns die Logik unseres Glaubens an den Friedefürst Jesus Christus und unsere Erfahrung als Bürger seines Reiches.“

Adventistische Kriegsdienstverweigerer in West- und Ostdeutschland
Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Freikirchenleitung ihren wehrpflichtigen Mitgliedern in Westdeutschland in den Erklärungen vom 1. Dezember 1950, 25. April 1968 und Dezember 1983 empfohlen, den Wehr- und Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern und stattdessen den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Fast alle hätten sich für den Zivildienst entschieden, so Holger Teubert, Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

In der früheren DDR habe es nur einen waffenlosen Dienst in der Armee als Bausoldat gegeben. Die meisten wehrpflichtigen Adventisten hätten als Bausoldaten gedient, obwohl dadurch in der Regel der Ausschluss vom Hochschulstudium verbunden gewesen sei. Unter den bereits getauften adventistischen Jugendlichen habe es nur ganz wenige gegeben, die den Waffendienst in der Nationalen Volksarmee abgeleistet hätten; und dies meist im Sanitätsdienst. Aber selbst noch nicht getaufte Jugendliche hätten trotz offenkundiger Nachteile den Dienst als Bausoldaten vorgezogen, so Teubert.

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber:	Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
Redaktion:	APD-Zentralredaktion Deutschland Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60, E-Mail: info@apd.info Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend)
Erscheinungsweise:	monatlich
Redaktionelle Zusammenarbeit:	APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: APD-CH@apd.info Herbert Bodenmann (verantwortlich) Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312 E-Mail: costaw@gc.adventist.org Williams S. Costa Jr. (verantwortlich) „Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502 E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de Thomas Lobitz (verantwortlich)
APD-INFORMATIONEN online:	www.apd.info
Facebook:	APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
Twitter:	@apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 19 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 558 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.